

**62. Europaministerkonferenz der deutschen Länder
am 13. Juni 2013 in Potsdam**

TOP 6: Steigerung der Europafähigkeit der Landesverwaltungen
Berichterstatter: Brandenburg, Berlin, Hamburg, Mecklenburg-
Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

Beschluss

1. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz nehmen den Bericht zur Steigerung der Europafähigkeit der Landesverwaltungen zur Kenntnis.
2. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz sind sich bewusst, dass angesichts von Personal- und Haushaltseinsparvorgaben die Verbesserung der Europafähigkeit der Landesverwaltungen in der Zukunft eine besondere Herausforderung darstellt. Sie betonen jedoch die Bedeutung der Herausbildung und Förderung von EU-Fachkompetenzen, interkulturellen Kompetenzen und Sprachkenntnissen vor dem Hintergrund stetig wachsender europäischer Bezüge bei der Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben sowie der damit einhergehenden Anpassungen der innerstaatlichen Informations- und Beteiligungsrechte der Länder.
3. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz würdigen die gute Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt und der Europäischen Kommission im Rahmen der EU-Entsendeprogramme. Insbesondere das Programm „Nationale Sachverständige in der beruflichen Weiterbildung“ hat sich aus Sicht der Mitglieder der Europaministerkonferenz in der Praxis bewährt und sollte mindestens im bisherigen Umfang fortgeführt werden.
4. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz sind überzeugt, dass Landesbedienstete aufgrund ihrer besonderen Kenntnisse und Erfahrungen einen wich-

tigen Beitrag zum Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) insgesamt und zu einem angemessenen Anteil deutscher Bediensteter leisten können. Daher bitten sie die Bundesregierung, künftig auch den langfristigen Wechsel von entsprechend qualifizierten Landesbediensteten zum EAD zu ermöglichen.

5. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz bewerten auch die Erfahrungen mit dem Kurzpraktikumsprogramm „Erasmus for Public Administration“ grundsätzlich positiv. Es bietet jüngeren Bediensteten, die sich am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn befinden, eine gute Möglichkeit, die europäischen Entscheidungsprozesse in komprimierter Form kennenzulernen. Allerdings steht der Auswahl- und Koordinierungsaufwand unverändert nicht in einem adäquaten Verhältnis zur Anzahl der berücksichtigten Bewerberinnen und Bewerber aus den Ländern. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz bitten daher die Bundesregierung, sich im Rahmen der anstehenden Entscheidung über die Fortführung des Programms für dessen Ausweitung einzusetzen.

6. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz sehen in einem Austausch von Bediensteten der Verwaltungen der Mitgliedstaaten eine weitere Möglichkeit sowohl zur Steigerung der Europafähigkeit als auch der Gewinnung unmittelbarer Erfahrungen und Erkenntnisse über die Grundlagen und die Praxis der Administrationen in anderen Ländern. Sie bedauern, dass derartige Austausche mit den aktuellen EU-Instrumenten zur Förderung der Mobilität nicht unterstützt werden können, und bitten die Kommission um Prüfung, wie dem Anliegen der Länder durch die Öffnung entsprechender Austauschprogramme Rechnung getragen werden kann.